Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

56. Jahrgang.

Nr. 41. Fernsprech-Anschluß: Nr. 7. Dienstag, den 20. Februar Telegrammadresse: Tageblatt. **1906.**

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Stadtsparkasse Lichtenstein.

Einlegerguthaben 6 660 000 Mark, Reservefonds 450 000 Mk., Geschäftszeit 8—12 und 2—5 Uhr täglich.

Einlegerzinsfuß 3½ %.

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst. Gewünschte Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

(Eigen-Bericht.) nh. Berlin, 17. Februar 1906.

Etwas vom Ministerstürzen.

Die heutige Reichstagssitzung gehörte zu den uninteressantesten, die es geben mag. Nachdem in dritter Lesung und damit endgiltig, ohne Debatte übrigens, der Gesetzentwurf angenommen worden war, der hinfort die Reichsbank ermächtigt, außer ihren Banknoten von 1000 und 100 Mark auch solche von 50 und 20 Mark auszugeben (über die tieferen politischen Gründe dieser Vorlage haben wir uns schon früher ausgesprochen), wurde der Etat des Reichsamts des Innern bei Positionen fortgesetzt, die beim besten Willen keine interessanten Debatten hergeben konnten. Beim „Reichsgesundheitsamt", das uns eine zweitätige temperamentvolle Weindebatte beschert hatte, kamen nur Wurmkrankheit, Bleivergiftung, Genickstarre, Geheimmittelwesen, Essigessenz, Impfzwang in bunter Folge heran, wobei im wesentlichen Abg. Hué von der Sozialdemokratie die Rolle des heischenden und krittelnden, Graf Posadowski die des gewährenden und versprechenden Elements inne hatte. Die dann folgenden Positionen des Patentamtes und des Reichsversicherungsamtes boten heute gleichfalls noch keinen Anlaß zu irgend welchen bemerkenswerten Erörterungen. Hervorzuheben ist nur aus dem ganzen Verlauf der Debatte, daß die Regierung jede Zumutung, am Impfzwang rütteln zu lassen, weit von sich wies und daß die Resolutionen zur schärferen Weinkontrolle angenommen wurden.

Der Sitzungssaal wie die Tribünen waren so leer wie nur an den hoffnungslosesten Tagen, nichtsdestoweniger gab es sehr lebhafte Diskussionen, nicht aber im Hause, sondern auf den Bänken und in den lauschigen Ecken der Foyers und Leseräume. Das Thema vom Ministerstürzen wird wieder mal mit Eifer abgehandelt, man scheint aber geneigt zu sein, wenigstens in denjenigen Regionen, die vorgeben, die Richtungen wittern zu können, aus denen der Wind weht, daß es vorläufig keine Aenderungen in unseren hohen Staatsämtern geben wird. In der Tat war der konzentrische Angriff, der in den letzten Wochen von seiten der Konservativen und eines Teils der Nationalliberalen gegen den Grafen Posadowski ausgeführt wurde, höchst auffällig. Die sozialpolitischen Bekenntnisse, die dieser Minister freimütig von der Reichstagstribüne herab ablegte, klangen vielen mißtönig in die Ohren, und es gab zweifellos einen Moment, wo man auch in anderen, für die Besetzung der Ministerposten maßgebenderen Regionen stutzig geworden war. Das war damals, als aus konservativen Reichstagsreden Zweifel herauftönten, ob die Verfolgung der sozialpolischen Grundsätze Posadowskys den inneren Frieden im Lande gewährleistete. Damals fiel das Wort, daß die Stellungnahme des Ministers den Größenwahn der Sozialdemokratie nährte. Dann legte die Rechte plötzlich die Kriegstrompete nieder und überließ den damals weniger orientierten Nationalliberalen das Rückzugsgeplänkel, das in der Rede des Abg. Hagemann noch einmal zu leidenschaftlicher Heftigkeit auswuchs. Inzwischen haben sich auch die Nationalliberalen eines andern besonnen, und der Abg. Hagemann ist nicht nur von den bedeutensten Organen der nationalliberalen Presse, sondern, wie man munkelt, auch von der Parteileitung desavouiert worden. Die Wahrheit ist, der Graf Posadowsky hat vorläufig noch unerschütterliche Stützen für seine Position in seiner unvergleichlichen Sachkunde und Arbeitskraft. Es ist ein offenes Geheimnis, daß man nach Persönlichkeiten Umschau gehalten hat, die ihn in seinem ausgedehnten und bedeutungsschweren Ressort ersetzen könnten, es aber auch mit einem vielgewandten Staatsmann zu versuchen nicht den Mut fand, der in Preußen schon zwei Ressorts verwaltet hat. Die Position der Minister v. Podbielski und Dr. Studt lassen wir, als preußische Angelegenheiten, hier außer Betracht; es genügt zu sagen, daß wenigstens die des erstern gleichfalls wieder als durchaus gefestet gilt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm ist an Bord des Linienschiffs „Preußen" am Sonnabend nachmittag in Kopenhagen eingetroffen.

* Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Tschirschky und Bögendorff, hat sein Amt angetreten.

* Zum Schluß des sächsischen Landtages. Man schreibt aus Dresden: Gegenüber den vielfachen Angaben über die Beendigung des gewärtigen ordentlichen Landtags ist festzustellen, daß die Staatsregierug den Wunsch hat, die Ständekammern möchten ihre Arbeiten bis kurz vor Ostern erledigt haben, so daß noch vor dem Feste der Landtag geschlossen werden kann. Nur ganz außerordentliche und unvorhergesehene Umstände könnten dazu beitragen, daß der Landtag zu Ostern in die Ferien geht und nach dem Feste nochmals zu einer kurzen Tagung zusammentritt.

* Die Generaldirektion der Königl. Sächs. Eisenbahnen hat an das gesamte Eisenbahnpersonal eine Verordnung erlassen, worin sie die Angriffe eines kürzlich verbreiteten Flugblattes, das sich mit der Entlassung von Eisenbahnbediensteten beschäftigte und zum Eintritt in den „Verband der Eisenbahner Deutschlands" aufforderte, von sich weist und die Beamten und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung unter Hinweis auf die früheren Bekanntmachungen erneut vor jeder Beteiligung an dem „Verbande der Eisenbahner Deutschlands" eindringlich warnt. Die Generaldirektion werde nach wie vor unnachsichtlich jeden aus dem Staatseisenbahndienste entfernen, von dem sie die Ueberzeugung gewinne, daß er dem genannten Verbande angehört oder dessen Bestrebungen in sonst irgend einer Weise unterstützt. Der Verband habe nur das Bestreben, Unzufriedenheit zu erregen und das gute Einvernehmen zwischen der Verwaltung und ihren Bediensteten zu stören.

* Die Diätenvorlage, die im Reichsamt des Innern ausgearbeitet wird, wird schwerlich vor Ende nächster Woche an den Bundesrat gelangen. Die Ausarbeitung begegnet nicht geringen Schwierigkeiten, da alle Einzelfälle, in denen Abzüge von der Pauschalsumme stattfinden werden, im Gesetze selbst genau bezeichnet werden sollen, nachdem man sich entschlossen hat, die Ausführung nicht dem Präsidenten des Reichstags zu überlassen, um ihn mit dieser heiklen Aufgabe zu verschonen und vor unliebsamen Auseinandersetzungen zu bewahren. Das Gesetz soll jedem Abgeordneten einen klagbaren Rechtsanspruch einräumen.

* Das Handelsprovisorium mit Amerika soll dem Reichstage schon am Montag zugehen.

* Die mehrfach aus Newyork in deutsche Blätter gelangten Nachrichten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten für die Gewährung des deutschen Vertragstarifs an die Union keine neuen Zugeständnisse machen wolle, sind, wie zuverlässig verlautet, nicht richtig. Im Gegenteil sollen für den deutschen Export einige Erleichterungen gewährt werden, soweit der Präsident der Vereinigten Staaten dazu befugt ist.

* Der Hamburger Senat bewilligte den bei den sozialdemokratischen Straßendemonstrationen am Schöpenstehl durch Ausplünderung ihrer Läden Geschädigten eine staatliche Unterstützung.

* Der Mußbach-Wein. Auf dem Anwesen des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Sartorius in Mußbach in der Pfalz ließ am Dienstag die Staatsanwaltschaft die in dem bekannten Weinfälscherprozeß beanstandeten und beschlagnahmten Weine in den Mußbach laufen. Der Mußbach wird sich des Wiedersehens gefreut haben.

Oesterreich.

* Die Auflösung des ungarischen Reichstages soll am Montag durch den Königlichen Kommissar in der Königlichen Burg zu Budapest kundgemacht werden.

Frankreich.

* Der Präsident der französischen Republik Loubet trat gestern vom Amte zurück und Fallières trat an seine Stelle.

* Eine päpstliche Enzyklika an die französischen Katholiken verdammt die Theorien der Trennung der Kirche vom Staat und schließt mit einem Appell an die Bischöfe, die Geistlichkeit und das französische Volk.

Rußland.

* Die Vorgänge in Rußland. Die demokratische Presse in Rußland und Deutschland hält sich über die Strenge des Vorgehens der staatlichen Gewalt gegen die aufrührerischen Letten auf. Daß sie diese Strenge durch ihre beispiellose Grausamkeit gegen die Deutschen hervorgerufen haben, wird natürlich verschwiegen. Aber die Letten wenden nicht nur die unlautersten Mittel gegen die ihnen verhaßten deutschen Gutsbesitzer an, sondern verüben auch fortgesetzt Betrug gegen den anderen Stamm der Urbewohner — die Esten. Auf der Insel Oesel sind die dortigen Esten nur durch lettische Agitatoren, die aus Kurland und zwar von Dondangen aus mit Fischerbooten herüberkamen, zu ihren Untaten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen verleitet worden. Eine eigentümliche Rolle spielten Angehörige des gleichen Stammes in den Grenzen des ostländischen Gutes Paenküll. Die dortigen Bauern waren ruhig geblieben und hatten sich auch an keinen Kundgebungen gegen die Staatsgewalt und die deutschen Herren beteiligt. Trotzdem wurde das dem Herrn von Rennenkampff gehörige Gut niedergebrannt. Bei der Zerstörungsarbeit war ein großer Teil der Gemeinde versammelt, ohne indes aktiv einzugreifen. Das hatte folgende Ursachen. Die Letten hatten den Paenküllschen Bauern die Botschaft gesandt, es seien Brandstifter im Anzuge und jeder müsse an dem bestimmten Tage um 10 Uhr morgens zum Gute kommen, um es zu schützen. Nun ist die Furcht unter den ordnungsliebenden Urbewohnern vor den Anführern außerordentlich groß. Der Terrorismus, den der lettische Umsturz allenthalben ausübt, ist so gewaltig, daß viele der Urbewohner aus Furcht, ihr Leben und Eigentum einzubüßen, alles tun, was man ihnen befiehlt. Als nun die Leute auf dem Hofe Paenküll erschienen, wurden sie gewahr, daß es dort nichts zu „schützen" gab, alles brannte lichterloh. Und sie bemerkten dabei, daß gerade die Leute, die ihnen den Befehl zum „Schützen" überbracht, beim Brennen ein rege Tätigkeit entfalteten. Es konnte nichts mehr